

Mitteilungen

des

Oberösterreichischen Landesarchivs

19. Band



Linz 2000

INHALT

Vorträge der Enquete "Nationale Frage und Vertreibung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Fakten, Forschungen, Perspektiven aus dem Abstand von 50 Jahren" 7-175

Vorwort 5

Eröffnungsrede des Landeshauptmannes Dr. Josef Pühringer 7

Historische Perspektiven zur Vertreibung der Deutschen
aus der Tschechoslowakei
Von Richard G. P l a s c h k a u. Arnold S u p p a n ... 13

Tschechen und Deutsche im neuen Staat: Ein Anfang mit
mehreren Enden
Von Friedrich P r i n z 37

Die Vertreibung der Deutschen aus der Sicht der
innerstaatlichen Rechtsordnung
Von Helmut S l a p n i c k a 55

Die Vertreibung der Deutschen aus der Sicht des Völkerrechts
und der Menschenrechte
Von Dieter B l u m e n w i t z 77

Zum Wissensstand über die Vertreibung der Sudetendeutschen
Von Emilia H r a b o v e c 99

Von der "nationalen" zur "sozialen" Revolution:
Die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der
Tschechoslowakei und der Februar-Sieg der Kommunisten
Von Jaroslav K u č e r a 123

Die Situation der sudetendeutschen Flüchtlinge in Oberösterreich seit 1945 Von Brunhilde Scheuringer	141
<i>Allgemeine Aufsätze</i>	177-400
Maß und Gewicht in Johannes Keplers 'Messekunst Archimedis' (1616). Metrische Kommentare zur Maßgeschichte von Linz und Oberösterreich Von Harald Witthöft	177
Aspekte sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1941-1956. Dokumen- tiert am Beispiel oberösterreichischer Gefangener Von Felix Schneider	231
Die Villen "Neu-Jerusalems". Die Arisierung von Immobilieneigen- tum am Beispiel des Kurortes Bad Ischl Von Jutta Hangler	259
Das "Gauarchiv Oberdonau". Aufbau und Zerstörung des Parteiar- chivs der NSDAP Oberdonau Von Gerhart Markh Gott	297
"Euthanasieanstalt" Hartheim und Reichsgau Oberdonau. Involvie- rung von Verwaltungs- und Parteidienststellen des Reichsgaues Oberdonau in das Euthanasieprogramm Von Josef Goldberger	359
Zum Gedenken an Hans Sturmberger	401
Verzeichnis der Rezensionen	407
Rezensionen	409
Verzeichnis der Mitarbeiter	454

HISTORISCHE PERSPEKTIVEN ZUR VERTREIBUNG DER DEUTSCHEN AUS DER TSCHECHOSLOWAKEI

Von Richard G. Plaschka und Arnold Suppan

Flucht, Vertreibung, Massenaussiedlung und Massenabschub der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei zwischen Frühjahr 1945 und Frühjahr 1947 stellen auch heute noch in ihrer steten Nachwirkung den schwierigsten Teil der deutsch-tschechischen sowie österreichisch-tschechischen Beziehungen dar. Freilich ist dieses in Historiographie, öffentlicher Meinungsbildung und Politik nach wie vor schwelende Problem nur ein Kapitel der deutsch-österreichisch-tschechischen Konfliktgeschichte und nur ein Teil des dramatischen Geschehens am Ende des Zweiten Weltkrieges, das zu Flucht und Vertreibung von etwa 13 Millionen Deutschen aus Ostmitteleuropa führte. Nach Schätzungen des Bundesarchivs in Koblenz von 1974 sind dabei allein in der Tschechoslowakei bei etwa 3 Millionen Vertriebenen gegen 130.000 Deutsche gewaltsam ums Leben gekommen, nach neueren tschechischen Forschungen gegen 40.000. Die Verlustzahlen – die Todesraten in Gefängnissen und in Lagern wie die der Ausschreitungen bis hin zu denen von Prag, Brünn und Aussig – sind aufgrund der neugegebenen Erkenntnismöglichkeiten in noch wärendender Aufarbeitung begriffen.¹

Das Schicksal der Sudetendeutschen 1945/47 weist in seinen Wechselbeziehungen zum tschechischen Nachbarn freilich über die oft genannten sieben Jahre hinaus auf wesentliche Vordaten hin, so auf 1848 und 1918/19, auf 1938 und 1939/42. Die Polarisierung – tschechische wie deutsche und österreichische Quellen lassen es deutlich erkennen – war in einem jahrzehntelangen Prozeß verankert,

¹ Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte (Bonn 1989) 42-47; dagegen: Jaroslav Kučera, Statistik auf dem Holzweg. Einige Bemerkungen zu Berechnungen der sudetendeutschen Vertreibungsverluste, in: Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948. Aktuelle Forschungen, hg. v. Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan und Anna M. Drabek (Wien 1997) 141-154

dessen Nichtberücksichtigung manchmal zu kurzatmigen, auch den Vorgängen nicht gerecht werdenden Wertungen verleitet.

1848...

Schon der 1848 angestrebte Neuerungsprozeß des österreichischen Kaiserstaates machte die aufkommende Kraft des nationalen Elements deutlich. Von tschechischer Seite war es František Palacký, der nachdrücklich jenen Gestaltungsfaktor einbrachte, der die politische Entwicklung der nächsten 70 Jahre – und bis heute – wesentlich bestimmen, ja in Atem halten sollte. Otto Urban machte in seinem Aufsatz "Der Politiker František Palacký" deutlich, wie Palacký sich "zu Österreich bekannte und ebenso entschieden auch zur konstitutionellen Monarchie, weil er die Integrationskraft des dynastischen Gedankens spürte...". Aber er wies auch darauf hin, wie Palacký in seiner Überlegung der vorzusehenden Umgliederung Österreichs vom "natürlichen Recht zur Selbstbestimmung der Nationen" ausging. "Der Begriff Nation war für Palacký, der in hohem Maße auf die nationale Gesellschaft fixiert war", so Otto Urban, "eine der zentralen Kategorien, die konkrete menschliche Gesellschaft, in der sich die grundlegenden zwischenmenschlichen Bindungen und Beziehungen verwirklichen und erfüllen, in der sich das Individuum überwiegend sozialisiert und den angemessenen Raum für die Verwirklichung eines zweckhaften Seins gewinnt".²

Konsequent diesem Standpunkt folgend, schlug Palacký im Winter 1848/49 dem Kremsierer Verfassungsausschuß die Aufteilung des österreichischen Gesamtstaates nach seiner ethnischen Struktur in acht nationale Verwaltungseinheiten vor, darunter Deutsch-Österreich mit den deutschen Teilen Böhmens, Mährens und Schlesiens, aber ohne nichtdeutsche Teile der Steiermark, Kärntens und Tirols, und Tschechisch-Österreich, bestehend aus den tschechischen Teilen Böhmens, Mährens und Schlesiens sowie der

² Otto Urban, *Die tschechische Gesellschaft 1848 bis 1918*, Bd. I (Wien – Köln – Weimar 1994) 60ff., 116ff.; vgl. Jiří Kořálka, *František Palacký (1798-1876). Životopis [Franz Palacký (1798-1876). Eine Biographie]* (Praha 1998) 305-312

ungarischen Slowakei. Als aber die Mehrheit der Ausschußmitglieder Palackýs Vorschlag ablehnte, zog er sich gekränkt aus dem Ausschuß zurück. Weder der Zentralist Josef Lasser, noch der Deutschmährer Cajetan Mayer, weder der Prager Advokat Adolf Maria Pinkas, noch der slowenische Jurist Matija Kavčič und auch nicht der Triestiner Ferdinand Gobbi hatten zugestimmt. Palacký hatte aber bereits 1848 die beginnende Ausrichtung der Deutschen der böhmischen Länder nach Wien oder Frankfurt erkannt, und sein Vorschlag sollte manche Grenzziehung vorwegnehmen.³

Jahrzehnte später waren die Gefahren der nationalen Bewegungen für die Donaumonarchie unübersehbar. Manche Initiative zur Neuordnung des multinationalen Staates unter Berücksichtigung der nationalen Frage war noch am Vorabend des Ersten Weltkrieges zu registrieren: Im Hinblick auf die künftige Spitze, den Erzherzog Franz Ferdinand, aus dem Kreis des Belvedere; im Hinblick aber auch auf die soziale Entwicklung nicht zuletzt von sozialdemokratischer Seite. Um einen Ausgleich der aufeinandertreffenden Stoßkräfte des Nationalismus bemühten sich in Österreich-Ungarn – nach Hans Rothfels ein "Mikrokosmos der Internationale" – noch vor 1914 Sozialdemokraten wie Karl Renner, Otto Bauer, Bohumír Šmeral – dies inmitten einer Entwicklung, die auch sozialistische Parteien und Gewerkschaften national sprengte: Karl Renner in Reformplänen in Richtung Personalautonomie, Bohumír Šmeral im Einspruch gegen das staatsrechtliche Prinzip für den "Bundesstaat von Nationen", Otto Bauer grundsätzlich in der Forderung "evolutionistisch-nationaler Politik" der Arbeiterklasse und des Herausholens der "Hintersassen der Nation" aus ihrer isolierten Position.⁴

1918/19...

1918 standen die Tschechen an der Schwelle ihres neuen Staates. "Tschechoslowakisches Volk", ließ sich der Nationalausschuß in

³ Robert A. Kann, *Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie*, 2. Bd.: *Ideen und Pläne zur Reichsreform* (Graz – Köln 1994) 35ff.

⁴ Ebenda 160-182; Richard Georg Plaschka; Arnold Suppan, *Zur historischen Perspektive der Vertreibung*, in: Emilia Hrabovec, *Vertreibung und Abschied. Deutsche in Mähren 1945-1947* (Frankfurt/Main 1995) 6ff.

seinem Manifest vom 28. Oktober 1918 vernehmen, "Dein uralter Traum ist Wirklichkeit geworden. Der Tschechoslowakische Staat ist am heutigen Tag in die Reihe der selbständigen Kulturstaaen der Welt getreten". Der neue Staat war die Frucht des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, eines bis heute und zweifellos zurecht anerkannten Prinzips. Allerdings wären die Gefahren dieses sensiblen Prinzips zu bedenken gewesen, wenn es nicht wechselseitig, auch gegenüber dem Nachbarn im Land, zur Geltung gebracht würde. Wien und Reichenberg haben damals nachhaltig und warnend darauf hingewiesen.

In einem Lagebericht vom 3. Dezember 1918 an Staatskanzler Renner war Landeshauptmann Freissler – dies freilich in falscher Einschätzung der tschechischen Administrationskapazität – zwar noch durchaus der Meinung, daß die Tschechen gar nicht in der Lage sein würden, die Provinz Sudetenland zu verwalten, und fürchtete die Gefahr eines "Verwaltungschaos". Aber Ministerpräsident Karel Kramář hielt beim Antrittsbesuch des österreichischen diplomatischen Vertreters Ferdinand Marek am 10. Jänner 1919 keineswegs mit dem besitzergreifenden Anspruch der Prager Regierung zurück: Der Umstand, daß Deutsch-Österreich noch immer Ansprüche auf Deutschböhmen erhebe, müsse von tschechoslowakischer Seite als "feindlicher Akt" gewertet werden... Denn Deutschböhmen sei unbedingt ein Teil des historischen Königreiches Böhmen, das Sudetenland ein Teil der historischen Markgrafschaft Mähren, wonach diese Gebietsteile zu den Ländern der ehemaligen Wenzelskrone gehörten... Im übrigen würden auch die Deutschen von einer ruhigen Entwicklung profitieren – was die deutsch-böhmischen Industriellen sehr gut wußten –, denn man lebe nicht mehr in der Zeit nach 1620 und werde nicht den deutschen Staatsbürgern Güter und Vermögen in einer Art und Weise konfiszieren, "die in irgend welcher Beziehung von der Behandlung der tschechischen Bewohner des Staates abweicht".⁵

⁵ Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938 (ADÖ) Bd. 1: Selbstbestimmung der Republik, 21. Oktober 1918 bis 14. März 1919, hg. v. Klaus Koch, Walter Rauscher und Arnold Suppan (Wien – München 1993), Dok. 62, 126; vgl. Weg von Österreich! Das Weltkriegsexil von Masaryk und Beneš im Spiegel ihrer Briefe und Aufzeichnungen aus den Jahren 1914 bis 1918. Eine Quellensammlung, hg. v. Frank Hadler (Berlin 1995)

Noch wartete und hoffte man in Wien und Reichenberg auf Saint-Germain. Als am 2. Juni 1919 der deutschösterreichischen Friedensdelegation der erste Teil der Friedensbedingungen übergeben worden war, urteilte Staatssekretär Bauer sofort im Vergleich: "Von den zehn Millionen Deutschen des früheren Österreich kommen mehr als vier Millionen unter Fremdherrschaft, und zwar dreieinhalb Millionen in Deutschböhmen und im Sudetenlande und eine halbe Million in den Alpenländern. Während die Annexion des Saarreviers und Danzigs doch immerhin maskiert wird, werden die deutschösterreichischen Gebiete ganz unverhüllt der Annexion preisgegeben". Und in einer Note der deutschösterreichischen Friedensdelegation an die Entente vom Juni 1919, die unter Mitwirkung der deutschböhmischen Delegierten ausgearbeitet worden war, hieß es schließlich: "Niemals wird die hörige Nation diese Herrschaft ertragen, niemals die herrschende das ihr gestellte Problem bewältigen; beide sind zu einer unseligen Kampfgemeinschaft verurteilt, unseliger als das alte Österreich, wo wenigstens zwischen acht verschiedenen Nationen zumeist ein Zustand schwebenden Gleichgewichtes vorherrschte".⁶

Doch die Friedenskonferenz rückte von ihrem Standpunkt nicht mehr ab, ganz Böhmen und Mähren sowie den Großteil Österreichisch-Schlesiens – dazu sogar noch niederösterreichische Gebiete um Feldsberg und Gmünd – der Tschechoslowakei einzugliedern. So mußte Staatskanzler Renner in der Konstituierenden Nationalversammlung vom 6. September 1919 die harte Friedensbedingung akzeptieren: "Die Sudetendeutschen, mit denen wir vier Jahrhunderte in einer staatlichen Gemeinschaft lebten, mit denen die Alpenlande in eins verwachsen sind, werden losgerissen und einer fremden Staatlichkeit unterstellt. Es gibt keinen Deutschen, der diese Lösung nicht als nackte Vergewaltigung empfinden würde und der Schmerz darüber wird nie stille, die Klage über dieses Unrecht niemals stumm werden".⁷

⁶ ADÖ 2/260, 273; vgl. Ferdinand Seibt, Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas (München – Zürich 1993) 255-276

⁷ ADÖ 2/355

Der Begriff "národní stát" wurde aus Wiener Sicht der Tschechoslowakei von Anfang an nicht zugebilligt. Die österreichischen Einsprüche aber unterstreichen über ihren Sachinhalt hinaus die Auffassungen, die Leitgedanken und die wenig optimistischen Erwartungen, die die Sudetendeutschen aus alter Partnerschaft in den neuen Staat begleiteten. Und diese diesseits wie jenseits der Grenze geteilten Auffassungen hatten auch zu jenen von den sudetendeutschen Sozialdemokraten initiierten Demonstrationen vom 4. März 1919 geführt – für das Selbstbestimmungsrecht und für den Anschluß an Österreich –, die 54 Tote kosten sollten. "Die Schüsse des 4. März 1919", resümierte Wenzel Jaksch, später einer der Entschiedensten in der Gegnerschaft zu Hitler, selbst Emigrant in London, "waren der Ausgangspunkt des Münchner Abkommens vom 29. September 1938". Und: "Wer Gebiete mit Gewalt erwirbt, der muß damit rechnen, daß sie ihm wieder mit Gewalt abgenommen werden".

Die Erste Tschechoslowakische Republik mit immerhin 140.508 km² und über 14,7 Millionen Einwohnern (1930) blieb auf Grund ihrer räumlichen, ethnischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Struktur ein "Bindestrichgebilde" (Ferdinand Seibt). Das galt nicht nur für die Auffädung von Böhmen, Mähren, der Slowakei und der Karpato-Ukraine entlang einer 1300 km langen West-Ost-Achse, sondern auch für die Ergänzung zwischen deutschen und tschechischen Industrielandschaften einerseits, sowie slowakischen, magyarischen und ukrainischen Agrargebieten andererseits. Berthold Bretholz, der Landesarchivar von Mähren, verfaßte daher schon 1921-1924 eine vierbändige "Geschichte Böhmens und Mährens", die gegen Palackýs Formel von der historischen Auseinandersetzung zwischen "Germanentum" und "Slawentum" und gegen die Mentalität des "Volkstumskampfes" Stellung nahm. Und Eugen Lemberg formulierte 1931 in der "Prager Rundschau" die Erkenntnis, "daß die augenblickliche Gegenüberstellung der zwei im Land lebenden und in ständigem bewußten oder unbewußten Ringen miteinander begriffenen Nationen nicht zu allen Zeiten gültig war...". Andererseits verlangte Josef Pfitzner in seiner "Sudetendeutschen Geschichte", den "deutschen Leistungsanteil" im Land zu erkennen und abzugrenzen, womit auch ein "sudetendeutsches Selbstbewußtsein" begründet werden sollte. Denn trotz der Normen des tschechoslowakischen

Sprachenrechts von 1920, die über 90 % der deutschen Bevölkerung das Recht einräumte, sowohl in den Pflichtschulen als auch vor den Behörden ihre Muttersprache zu gebrauchen, blieb die Tschechoslowakei bis 1938 ein "Nationalstaat" der tschechoslowakischen Staatsnation. Diese Staatlichkeit bot den Tschechen in ihrem zeitgenössischen Verständnis die einzig mögliche Gewähr für die freie Entfaltung der nationalen Existenz, im Hinblick auf das gesamtdeutsche Übergewicht freilich nur unter Einbeziehung der Sudetendeutschen bzw. der von ihnen bewohnten Gebiete.⁸

1938...

Adolf Hitler war gewillt, das auch in der Tschechoslowakei nicht zur Deckung zu bringende Gegensatzpaar Nationalstaat-Staatsnation versus Selbstbestimmungsrecht-Minderheit für seine Lebensraumpolitik auszunützen. Spätestens in der denkwürdigen Besprechung vom 5. November 1937 machte der Reichskanzler dem Reichskriegsminister und dem Reichsaußenminister sowie den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtteile klar, daß in jedem Fall einer kriegerischen Verwicklung es sein erstes Ziel sei, "die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen". Die "Einverleibung der Tschechei und Österreichs (könne) den Gewinn von Nahrungsmitteln für 5-6 Millionen Menschen bedeuten unter Zugrundelegung, daß eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelange".⁹

Tatsächlich gelang Hitler schon am 13. März 1938 nach militärischem Einmarsch und unter tatkräftiger Mithilfe der österreichischen Nationalsozialisten der "Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich, was ungeahnte Vorbildwirkung für alle anderen "Grenz- und Auslandsdeutschen" gewann. So schloß sich der Bund der Landwirte, die Gewerbetenpartei und die Christlich-Soziale Partei am 23./24. März der Sudetendeutschen Partei an, deren Führer Konrad Henlein

⁸ Seibt, Deutschland 227-249, 277-286; Jaroslav Kučera, Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938 (München 1999) 307-314; vgl. Elizabeth Wiskemann, Czechs and Germans (Oxford 1938)

⁹ Bernd-Jürgen Wendt, Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes (München 1987) 198f.

am 19. November 1937 – vielleicht auch Hitlers Pläne ahnend – dem deutschen Reichskanzler die Annexion des sudetendeutschen Siedlungsgebietes angeboten hatte. Nach dem Triumph der Henlein-Partei mit 87 % der deutschen Stimmen bei den Gemeinderatswahlen im Mai 1938 begann sich in britischen Regierungskreisen die Überzeugung durchzusetzen, daß man für die Sudetendeutschen doch die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes zulassen müsse. Am 7. September 1938 schlug die "Times" in einem Leitartikel vor, in der Tschechoslowakei die "Abtrennung des Saumes der fremden Bevölkerungsgruppen, die an die Nation grenzen, mit der sie stammverwandt sind", herbeizuführen. Und am 14. September urteilte der als britischer Beobachter entsandte Lord Runciman: "Für mich ist es selbstverständlich, daß die zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei liegenden Grenzbezirke, in denen die Sudetendeutschen die klare Mehrheit besitzen, sofort das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht erhalten sollen... Die große Mehrheit der Einwohner wünscht die Vereinigung mit Deutschland... Ich bin der Ansicht, daß diese Grenzbezirke von der Tschechoslowakei unverzüglich an Deutschland übertragen werden sollten".¹⁰

Die Ereignisse der folgenden 14 Tage spalteten Sudetendeutsche, Tschechen und Deutsche: Zwar leistete die große Mehrheit der sudetendeutschen Wehrpflichtigen den Prager Stellungsbefehlen Folge, 10.000 bis 15.000 Mann bildeten aber jenseits der Grenze das sudetendeutsche Freikorps. Unter dem Druck der britisch-französischen Diplomatie gab Präsident Edvard Beneš am 21. September 1938 nach und akzeptierte die Abtretung der mehrheitlich deutsch bewohnten Siedlungsgebiete. Gleichzeitig ließ der neue Ministerpräsident General Jan Syrový vierzig Divisionen mobilisieren und verfügte eine Massenverhaftung sudetendeutscher Geiseln. In Berlin schließlich ließ Generalstabschef Ludwig Beck für den Kriegsfall sogar einen Staatsstreich organisieren. Aber Staatssekretär Ernst von Weizsäcker schaltete Benito Mussolini als Vermittler ein, so daß in den Morgenstunden des 30. September 1938 das Münchner Abkommen unterzeichnet werden konnte, ein Diktat der Großmächte, "nicht unähnlich dem Vertrag von Saint-Germain" (Ferdinand

¹⁰ Seibt, Deutschland 332-335; Robert Kvaček, The rise and fall of a democracy, in: Bohemia in History, ed. by Mikuláš Teich (Cambridge 1998) 261-266

Seibt). Außenminister Kamil Krofta mußte in Prag im Namen des Präsidenten und der Regierung – trotz der "ohne und gegen uns gefällten Entscheidung" – die Annahme erklären, und Anfang Oktober billigten die Parlamente in Paris und London mit großen Mehrheiten den Münchner Beschluß.¹¹

Zwischen dem 1. und 10. Oktober 1938 erfolgte der Einmarsch deutscher Truppen in die aufgrund des Münchner Abkommens von der Tschechoslowakei abgetrennten, mehrheitlich deutsch bewohnten Gebiete. Keine Frage, daß die Truppen vom überwiegenden Teil der Bevölkerung freudig begrüßt wurden. Keine Frage auch, daß Henlein als Repräsentant der Sudetendeutschen Partei schließlich ideologisch und operativ in enge Anlehnung an die nationalsozialistische Reichspolitik getreten war. Keine Frage aber schließlich, daß sich die Sudetendeutschen auch durch die internationale Anerkennung bestätigt sahen. Festzuhalten aber bleibt ebenso die bis zum letzten Augenblick konsequente Haltung der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Rund 7.000 bis 8.000 ihrer Funktionäre und sonstige Gegner des Anschlusses bezahlten dies mit Lagerhaft. Ebenso wurden 47 sudetendeutsche katholische Priester in Konzentrationslager gebracht. Gegen die Juden, bereits gesetzlich ausgegrenzt, setzte von der NSDAP forcierte behördliche Diskriminierung und Verfolgung ein wie im angeschlossenen Österreich und im "Altreich". Etwa 5.000 Sozialdemokraten, 500 Kommunisten und einigen hundert Christlichsozialen und Liberalen gelang die Flucht ins Ausland. Rund 400.000 Tschechen, nicht wenige Staatsbedienstete darunter, vor allem auch Zuziedler seit 1918, verließen unter dem Zwang der neuen politischen Verhältnisse das abgetrennte Gebiet, etwa 290.000 blieben. Gegen 400.000 Deutsche verblieben in der Resttschechoslowakei, vor allem die Karpatendeutschen, die Prager, Brünnner und Iglauer Deutschen.¹²

Die Sudetendeutschen haben sich 1938 in ihrer Mehrheit zweifellos Deutschland – und damit auch Hitler – zugewandt. Die Zuwendung zu ersterem war die national, in dieser Hinsicht auch histo-

¹¹ Seibt, Deutschland 336ff.; Deutsche Geschichte 1933-1945, hg. v. Wolfgang Michalka (Frankfurt/Main 1999) 157ff.

¹² Seibt, Deutschland 339ff.; vgl. München 1938. Das Ende des alten Europa (Essen 1990)

risch begründete und – neben der sozialen Perspektive – die entscheidend bewegende Kraft. Der Historiker hat freilich zur Haltungsbewertung neben der Erkenntnisebene der Gegenwart nicht zuletzt den Erfahrungsstand und die Rezeptionssituation an Nachrichten in der behandelten Zeit in Betracht zu ziehen.

Vor allem wird man die bedenkliche wirtschaftliche und soziale Lage in den dreißiger Jahren in den sudetendeutschen Gebieten, besonders die alarmierenden Arbeitslosenzahlen, als Basiserlebnis in Betracht zu ziehen haben, für die Betroffenen damals vielfach der einschneidende Einbruch einer Notsituation und die grundlegende Frage ihrer Lebensperspektive. Denn es waren die deutschen Bezirke der Tschechoslowakei, die am stärksten in Mitleidenschaft gezogen waren. So wurden unter den Sudetendeutschen noch 1936 525.000 Arbeitslose gezählt, das waren 62 % aller Arbeitslosen in der Tschechoslowakei. Somit war die Arbeitslosenrate unter den Sudetendeutschen viermal so hoch wie unter den Tschechen und doppelt so hoch wie in Deutschland und Österreich.¹³

Und die nationale Frage im Staat? Den neuen "Nationalstaat" konnten nicht einmal ganz die Slowaken, geschweige denn die Deutschen als "ihren" Staat erkennen. Toman Brod verwies mit Grund darauf, daß die Sudetendeutschen "weder freiwillig noch gar begeistert" und nicht ohne militärischen Druck dem neuen Staat beigetreten seien. Und die Nationalitätenpolitik gewährte den Deutschen nicht genügend Gründe, um sich mit dem tschechoslowakischen Staat zu identifizieren. Dennoch waren die zwei Jahrzehnte der deutschen Politik im tschechoslowakischen Staate alles andere als ein einziger, aus grundsätzlicher Ablehnung des Staates geflochtener roter Faden der Opposition und Staatsbekämpfung. An die tausendjährige Symbiose der beiden Völker, "voll gegenseitigen Nehmens und Gebens" appellierend, an die ökonomisch bedingten Überlegungen der deutschböhmischen Wirtschaft, die bereits 1918 dem Gedanken der Aufrechterhaltung eines gemeinsamen böhmisch-mährischen Wirtschaftsraumes nicht abgeneigt gewesen war, anknüpfend und vom die Versöhnung predigenden "Geist von Locarno" beflügelt, ent-

¹³ Vgl. Václav Průcha, Continuity and Discontinuity in the Economic Development of Czechoslovakia, 1918-91, in: *Bohemia in History* 23-41; Seibt, Deutschland 318f.; vgl. Plaschka; Suppan, in Hrabovec, Vertreibung 11

schieden sich schließlich vier deutsche Parteien, die Christlichsozialen, der Bund der Landwirte, die Sozialdemokraten und die kleine Gewerbspartei, für eine Politik, die eine Verbesserung der Lage der Deutschen in der ČSR nicht mehr durch grundsätzliche Opposition zu erzielen gedachte, sondern durch aktive Mitarbeit an der staatlichen Machtausübung einschließlich der Regierungsbeteiligung. Im Oktober 1926 traten erstmals zwei deutsche Minister in die Prager Regierung ein, um dort in verschiedener parteipolitischer, zahlenmäßiger und personeller Zusammensetzung bis März 1938 zu verbleiben. Der tiefere Sinn dieser Politik, die als "Aktivismus" in die Geschichte eingehen sollte, war nach den Worten des Ministers Erwin Zajicek, "den tschechischen Staat in einen Nationalitätenstaat umzuwandeln".¹⁴

Dazu waren freilich die führenden tschechischen Politiker bis 1938 nicht bereit. Das Sprachenrecht von 1920 hatte ein "Staatsvolk" und eine "Staatsprache" festgelegt, damit die übrigen Nationalitäten und ihre Sprachen zu "nationalen Minderheiten" und "Minderheitensprachen" abgestuft. Auch in der Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz vom Jahre 1926 wurden die Minderheitensprachen offiziell nicht in der inneren Amtsführung zugelassen. Bestrebungen der deutschen aktivistischen Parteien, Zugeständnisse *via facti* zu erreichen, war die tschechoslowakische Politik erst 1937 bereit zu akzeptieren; aber auch das neue Sprachengesetz von 1938 war schließlich nicht imstande, die These von der Republik als Nationalstaat der Tschechen und Slowaken aufzugeben. Immerhin reagierte die Prager Regierung auf die seit dem Karlsbader Programm vom 24. April 1938 sich steigernden sudetendeutschen Autonomieforderungen mit der Ausarbeitung von vier Autonomie-Plänen, deren letzten vom 5. September 1938 Henlein nur mit Hinweis auf einen bewaffneten Zwischenfall in Mährisch Ostrau zurückweisen konnte. Nun wurde die sudetendeutsche Frage endgültig ein Problem der internationalen Politik.¹⁵

¹⁴ Vgl. Rudolf Jaworski, Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der ČSR (Stuttgart 1977); Erwin Zajicek, Erfolge und Mißerfolge des sudetendeutschen Aktivismus, in: Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert (München 1967)

¹⁵ Kučera, Minderheit 309ff.; vgl. Ronald Smelser, Das Sudetenproblem und